

FDP Fraktion

im Rat der Stadt Lüdinghausen

Antrag an den Ausschuss für Bildung und Kultur

Antrag:

Mit dem Rechtsanspruch jedes Grundschulkindes auf einen Platz in der „Offenen Ganztagschule“ (OGS) zum Schuljahr 2026/27 sind Investitionen verbunden, um dem damit verbundenen pädagogischen Anspruch gerecht werden zu können. Die FDP Fraktion beantragt deshalb, die Stadt als Schulträger zu beauftragen, den Bedarf an notwendigen Investitionen jeglicher Art (Räume, Personal, Ausstattung etc.) zu ermitteln und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Begründung:

Die Förderung der Entwicklung und Erziehung von Kindern zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, die Förderung der Teilhabe von Kindern, sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige gesellschaftspolitische Ziele. Ein wichtiges Element zur Erreichung dieser Ziele ist der Ausbau von ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder auch in den Grundschulen.

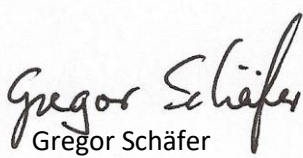
Aus diesem Grund hat der Bund im Mai 2021 die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter beschlossen. Dieser Rechtsanspruch soll zum 1. August 2026 in Kraft treten. Er soll laut Bundesregierung zunächst für Grundschul Kinder der ersten Klassenstufe gelten und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab dem 1. August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Geplant ist, dass der Bund den Ländern für den Ausbau des Ganztages an den Grundschulen bis zu 3,5 Milliarden Euro bereitstellt.

Um nicht nur eine „Verwahrung“, sondern eine pädagogisch fundierte Betreuung zu gewährleisten, bedarf es Investitionen sowohl räumlicher als auch personeller Art. Diese müssen in einem ersten Schritt ermittelt werden, um anschließend bis zum Jahr 2026 umgesetzt zu werden.

Gez. Enrico Zanirato

Enrico Zanirato
Sachkundiger Bürger



Gregor Schäfer
Fraktionsvorsitzender